



TECHNISCHE UNIVERSITÄT  
KAISERSLAUTERN



# CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der  
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 22, No. 2/2007

**abgeschlossen am  
7. März 2007**

	<u>Seite</u>
<b>1. Repräsentantenhaus missbilligt Truppenverstärkung im Irak</b>	<b>1</b>
<b>2. Senat verabschiedet Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns</b>	<b>4</b>
<b>3. Senat berät Vorschläge der Demokraten zur Terrorbekämpfung</b>	<b>5</b>
<b>4. DoD Inspector General legt Untersuchungsbericht zur nachrichtendienstlichen Lagebeurteilung vor dem Irak-Krieg vor</b>	<b>6</b>
<b>5. Demokraten im Senat wollen Rechte von <i>unlawful enemy combatants</i> stärken</b>	<b>7</b>
<b>6. Geheimdienstchef zeichnet düsteres Bild im Irak</b>	<b>8</b>
<b>7. Präsidentschaftswahlen 2008: Bewerberfeld gewinnt Konturen</b>	<b>10</b>
<b>8. Abgeordneter Charles Norwood verstorben</b>	<b>13</b>



## 1. Repräsentantenhaus missbilligt Truppenverstärkung im Irak

Das Repräsentantenhaus hat am 16. Februar 2007 nach mehr als vierzigstündiger Debatte die von Präsident Bush angekündigte Truppenaufstockung im Irak um mehr als 20.000 Soldaten mit 246:182 Stimmen missbilligt (vgl. CR 1/2007, S. 1). Für die Entscheidung (*House Concurrent Resolution 63*) stimmten neben 229 Demokraten auch 17 Republikaner.

Zum Vergleich: Im Jahr 2002 hatte das Repräsentantenhaus den Präsidenten mit 296:133 Stimmen zum Einsatz militärischer Gewalt gegen den Irak ermächtigt (vgl. CR 10/2002, S. 1). Damals stimmten 215 Republikaner und 81 Demokraten für einen Präventivkrieg gegen den Irak, während sich 126 Demokraten, 6 Republikaner und ein Unabhängiger dagegen aussprachen.

Speaker Nancy Pelosi wertete das Votum des Repräsentantenhauses zu Bushs Truppenverstärkung im Irak um 28.500 Soldaten als ein Signal dafür, „dass es einen Kurswechsel im Irak geben wird“. Gemeint ist ein perspektivischer Rückzug US-amerikanischer Truppen aus dem Irak, obwohl das Repräsentantenhaus in seiner *nicht bindenden* Resolution gleichzeitig unterstrich, dass der Congress und das amerikanische Volk fortfahren werden, die amerikanischen Streitkräfte, die „tapfer und ehrenhaft im Irak dienen“, zu unterstützen.

Kritiker bemängeln, dass die Entscheidung rein symbolischer Natur ist und den Präsidenten in seiner Irakpolitik in keiner Weise einschränkt. Anstatt seiner verfassungsmäßigen Verantwortung als einer *co-equal branch of government* gerecht zu werden, verschanze sich der Congress hinter nicht bindenden Resolutionen, welche die Handlungsspielräume des Präsidenten keineswegs berührten. Vielmehr scheue das von den Demokraten kontrollierte Repräsentantenhaus unter Führung von Nancy Pelosi davor zurück, die notwendige politische Verantwortung zu übernehmen und beschränke sich in seinen Vorstößen auf symbolische Vorlagen, die zwar die öffentliche Meinung im Blick hätten, aber politisch nichts kosteten. Dahinter stünde offensichtlich die Überlegung, dass die Demokraten mit einer solchen Vorgehensweise, die von den Republikanern als „slow-bleed strategy“ bezeichnet wird, innenpolitisch nur gewinnen könnten. „Die nicht bindende Resolution“, so der Republikaner Geoff Davis (Ky.) in diesem Zusammenhang, „diene keinem anderen Zweck als die politische Basis der Demokraten zu befrieden und die Moral unseres Militärs zu schwächen.“

Dagegen betonte Steny Hoyer (D-Md.), der Majority Leader im Repräsentantenhaus, dass den Demokraten in der Irakpolitik mehr oder weniger die Hände gebunden seien, weil eine *bindende* Resolution zur Irakpolitik von Präsident Bush ohne Zweifel mit seinem Veto belegt worden wäre, was vom Congress nur durch Zweidrittelmehrheiten in beiden Kammern hätte überstimmt werden können. „Was der Präsident nicht mit seinem Veto versehen kann“, so Hoyer nach dem Votum des Repräsentantenhauses, „ist die Meinung des Congress, die Einschätzung des Congress und den Rat des Congress“. Den Republikanern warfen die Demokraten in diesem Zusammenhang vor, die

gescheiterte Irakpolitik des Präsidenten blanko abzunicken. Das entspreche nicht dem Wählervotum, wie es in den Novemberwahlen 2006 (vgl. dazu CR 11/12-2006, S. 9) zum Ausdruck gekommen sei.

Aktuelle Meinungsumfragen lassen erkennen, dass die US-amerikanische Öffentlichkeit der von Präsident Bush angekündigte Truppenaufstockung mehrheitlich kritisch gegenübersteht. Einer *Washington Post/ABC News*-Umfrage vom 26./27. Februar 2007 zufolge lehnen 56 Prozent der Befragten die Truppenverstärkung im Irak ab. Gleichzeitig sprachen sich 53 Prozent dafür aus, einen Zeitplan für den Abzug der US-Truppen aus dem Irak zu bezeichnen. Innerhalb dieser Gruppe waren 24 Prozent sogar der Auffassung, dass die USA ihre Truppen bereits innerhalb von sechs Monaten aus dem Irak abziehen sollten, und immerhin 21 Prozent favorisierten einen Truppenabzug innerhalb eines Jahres. Wie sehr die amerikanische Öffentlichkeit mittlerweile Zweifel an der Irakpolitik Präsident Bushs hat, macht der Vergleich mit Umfragewerten aus dem Dezember 2005 deutlich. Vor 15 Monaten befürworteten nur 39 Prozent der Befragten einen Zeitplan für den Rückzug der US-Truppen aus dem Irak.

Trotz dieses Umschwungs in den Einstellungsmustern der amerikanischen Öffentlichkeit tun sich die demokratischen Mehrheiten im 110. Congress in ihrem Kräftemessen mit Präsident Bush in der Irakpolitik schwer. Das liegt zum einen an den Mehrheitsverhältnissen, aber auch an der immer noch beträchtlichen Unterstützung des Präsidenten durch die Republikaner in der Irakpolitik. Diese Konstellation lässt es unwahrscheinlich erscheinen, dass ein präsidentielles Veto mit der erforderlichen Mehrheit von Zweidritteln in beiden Kammern neutralisiert werden könnte.

Dass die Mehrheitsverhältnisse allerdings auch nur begrenzte Spielräume eröffnen, hatten im Februar 2007 besonders die Demokraten im Senat erfahren müssen, denen es in zwei Anläufen nicht gelang, eine Blockade der Republikaner mit Blick auf eine mit dem Repräsentantenhaus identische (nicht bindende) Irak-Resolution zu brechen. Zuletzt blieben sie am 18. Februar 2007 mit 56:34 Stimmen vier Stimmen unterhalb der nach der Geschäftsordnung des Senats erforderlichen Dreifünftel-Mehrheit (*Cloture*), um eine Blockade mittels *Filibuster* zu beenden. *Senate Majority Leader* Harry M. Reid (D-Nev.) erklärte daraufhin, dass er auf einen weiteren Versuch die Abstimmungsblockade zu brechen verzichten wolle. Zu gering erschien die Chance, dass sich neun Republikaner auf die Seite der Demokraten stellen würden, um ihre Missbilligung der Truppenverstärkung im Irak zum Ausdruck zu bringen.

Stattdessen kündigte Reid an, dass die Demokraten versuchen würden, das Ermächtigungsgesetz für den Einsatz militärischer Gewalt gegen den Irak aus dem Jahr 2002 (*Public Law 107-243*, vgl. CR 10/2002, S. 1) auf eine neue Grundlage zu stellen.

Damals hatte der Congress dem Präsidenten eine weitreichende Ermächtigung für den Präventivkrieg gegen den Irak ausgestellt, in der es u.a. heißt: „The President is authorized to use the Armed Forces of the United States as he determines to be necessary and appropriate in order to – (1) defend the national security of the United States

against the continuing threat posed by Iraq, and (2) enforce all relevant United Nations Security Council resolutions regarding Iraq.”

Senator John F. Kerry (D-Mass.) begründete für seine Fraktion die Initiative damit, dass „die Ermächtigung, die wir dem Präsidenten damals im Jahr 2002 gegeben haben, vollkommen überholt ist und unangemessen mit Blick auf das, womit wir uns heute zu beschäftigen haben.“ In eine ähnliche Richtung äußerte sich auch Senator Joseph Biden (D-Del.), der Vorsitzende des Auswärtigen Senatsausschusses, auf den der Gesetzesvorstoß zurückgeht. Biden unterstrich, dass „die Ermächtigung aus dem Jahr 2002 nicht mehr relevant für die Situation im Irak ist.“ Massenvernichtungswaffen habe es nie gegeben und Saddam Hussein sei nicht mehr an der Macht, so dass sich die Grundlage für die „Authorization for the Use of Military Force Against Iraq“ durch den Congress vollkommen verändert habe.

Allerdings ließen einige Mitglieder der demokratischen Mehrheitsfraktion im Senat anklingen, dass sie sich nicht für eine, wenn auch veränderte, neuerliche Ermächtigungsresolution für die Irakpolitik begeistern könnten. Gemäßigte Republikaner wiederum, welche die grundsätzliche Kritik an Bushs Irakpolitik teilen, ließen erkennen, dass sie sich lieber mit der Gegenwart als der Vergangenheit beschäftigen möchten und deshalb der Initiative Bidens verhalten gegenüberstehen. Daneben drohte *Senate Minority Leader* Mitch McConnell (R-Ky.) mit einer neuerlichen Blockade durch *Filibuster*.

In beiden Kammern des Congress rückt in der Zwischenzeit die Frage nach dem Umgang mit dem Ergänzungshaushalt 2007 in Höhe von 93,4 Mrd. USD, den Präsident Bush für den Krieg im Irak und in Afghanistan eingebracht hat, in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Im Repräsentantenhaus hat der Vorsitzende des *Defense Appropriations Subcommittee*, John P. Murtha (D-Pa.), angekündigt, dass er die Haushaltsanforderung des Weißen Hauses genau durchleuchten und vor allem mit Blick auf die Versorgung von Kriegsverwundeten in Militärkrankenhäusern wie dem *Walter Reed Army Medical Center* in Washington, D.C. auf den Prüfstand stellen möchte. Hier waren Anfang März 2007 haarsträubende Mängel öffentlich geworden.

Gleichzeitig kündigte Murtha, der als scharfer Kritiker der Irakpolitik Präsident Bushs gilt, an, dass er zumindest 1 Mrd. USD mehr als vom Präsidenten verlangt zur Bekämpfung der *Taliban* in Afghanistan zur Verfügung stellen möchte, da sie dabei sind, Terrain zurück zu gewinnen. Murthas Versuche des „micromanagement“ sind allerdings in der Fraktion der Demokraten im Repräsentantenhaus umstritten. Demokraten wie Jim Cooper (Tenn.) befürchten, dass die demokratische Partei von der republikanischen Opposition im Congress als illoyal gegenüber der kämpfenden Truppe gebrandmarkt werden könnte. *Speaker* Pelosi hat daher auch unterstrichen, dass man die Truppen im Irak weiterhin mit den nötigen finanziellen Mitteln ausstatten will.

Hier liegt das politische Dilemma der Demokraten im Congress, für das sie bis jetzt noch keine probate Lösung gefunden haben. Einerseits sind sie angetreten, eine Kurskorrektur in der Irakpolitik durchzusetzen, die mit Blick auf die Präsidentschaftswah-

len 2008 von größter Bedeutung für ihre politische Glaubwürdigkeit ist. Andererseits dürfen sie nicht den Eindruck erwecken, dass sie den Truppen vor Ort in den Rücken fallen wollen, indem sie die Mittelzuweisungen an das Pentagon kürzen und damit (zumindest in den Augen der Opposition) zur militärischen Niederlage der USA im Irak beitragen.

## 2. Senat verabschiedet Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns

Der Senat hat Anfang Februar 2007 nahezu einstimmig eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 7,25 USD beschlossen. Er folgte damit dem Repräsentantenhaus, das bereits Anfang Januar 2007 eine ähnliche Vorlage verabschiedet hatte (vgl. CR 1/2007, S. 3).

Für die Annahme der Vorlage stimmten 94 Senatoren, dagegen sprachen sich hingegen nur 3 aus. Der überwältigende Zuspruch für die Senatsvorlage im Unterschied zum Repräsentantenhaus wurde durch die Aufnahme eines Pakets von Steuererleichterungen für kleine Unternehmen ermöglicht, was die republikanische Fraktion bereits im Repräsentantenhaus gefordert hatte.

Die demokratische Parteiführung im Senat um *Majority Leader* Harry Reid (Nev.) hatte zunächst versucht, die Vorlage des Repräsentantenhauses direkt zu übernehmen, scheiterte jedoch mit 54 gegen 43 Stimmen mit ihrem Geschäftsordnungsantrag zur Beendigung der Debatte. Für ein so genanntes *Cloture* und damit die Verhinderung eines *Filibuster* durch die Opposition ist im Senat eine qualifizierte Mehrheit von 60 Stimmen erforderlich.

Die Aufnahme eines von Max Baucus (D-Mont.), dem Vorsitzenden des Finanzausschusses des Senats, ausgearbeiteten Kompromisspakets in die Senatsvorlage erfolgte nach längerer Debatte in nicht namentlicher Abstimmung ohne Gegenstimmen.

Das Kompromisspaket des Senats, das bis 2010 knapp über 8 Mrd. USD kosten dürfte, stieß allerdings bei links-liberalen Demokraten beider Kammern auf starke Vorbehalte.

Unter der Ägide des Vorsitzenden des *House Ways and Means Committee*, Charles Rangel (D-N.Y.), hatte das Repräsentantenhaus Mitte Februar 2007 deswegen einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, der von der Kammer mit 360 gegen 45 Stimmen angenommen wurde.

Ungeachtet des vergleichsweise geringen Finanzvolumens von nur 1,3 Mrd. USD erzielte Rangels Vorschlag breite Zustimmung von Seiten der Republikaner, weil er im Unterschied zur Baucus-Vorlage auf eine Finanzierung der Steuerausfälle durch Streichung anderer Vergünstigungen verzichtete.

Senator Baucus hat zwar angekündigt, den von ihm ausgehandelten Kompromiss verteidigen zu wollen. Doch angesichts der hohen Bedeutung der Mindestlohn-Erhöpfung für die Demokraten und der Kompromissbereitschaft der Republikaner kann eine Eini-gung zwischen den Kammern und eine Verabschiedung als sicher gelten.

### 3. Senat berät Vorschläge der Demokraten zur Terrorbekämpfung

Der Senat hat im Februar 2007 mit der Beratung einer Serie von Vorschlägen der neuen demokratischen Mehrheit zur Terrorbekämpfung begonnen, die bisher nicht umge-setzte Empfehlungen der Kommission zur Untersuchung der Terroranschläge des 11. September 2001 (9/11 Commission, vgl. CR 7-8/2004, S. 1) aufgreift.

Das Repräsentantenhaus hatte bereits Anfang Januar 2007 in einem Schnellverfahren eine Vorlage verabschiedet, die keine Änderungsanträge zuließ und entsprechend scharf von der republikanischen Opposition sowie der Administration kritisiert wurde.

*Senate Majority Leader* Harry Reid (Nev.) kündigte dagegen an, jeden Änderungsantrag zuzulassen und die Debatte nicht vorzeitig beenden zu wollen. Dies erlaubt zwar die Aushandlung von Kompromissen, die die Zustimmung von republikanischer Seite ermöglichen können, garantiert aber keinesfalls den Erfolg der Vorlage.

Den Kern der demokratischen Initiative machen eine Reihe zusätzlicher Mittelbewilligungen aus, mit deren Hilfe

- der Schutz der Infrastruktur, die Überwachung des Güterverkehrs und die Kommuni-kation zwischen Bund, Einzelstaaten und Städten verbessert werden soll.

Unter anderem sehen die Vorschläge vor,

- den als besonders bedroht angesehenen Städten in den kommenden drei Jahren 1,2 Mrd. USD zusätzlich zuzuweisen,
- weitere 913 Mio. USD auf der Basis von Risikoeinschätzungen für die Einzelstaaten bereitzustellen,
- die Mittel für die Überwachung der Massentransportsysteme (Flug, Bahn, Bus, Schiff) um 1,1 Mrd USD aufzustocken und
- in den kommenden 5 Jahren 3,3 Mrd. USD unter dem Dach der *Federal Emergency Management Administration* (FEMA) für die Abstimmung der Programme der verschiedenen Verwaltungsebenen einzusetzen.

Während die Administration und die republikanischen Fraktionen im Congress in den vergangenen Jahren die Vorschläge zur Erhöhung der Sicherheitsausgaben in den ge-



nannten Bereichen als unnötig zurückgewiesen haben, sind es die regulativen Auflagen, an denen die Aushandlung eines Kompromisses zu scheitern droht.

Insbesondere Auflagen wie jene, welche die Überprüfung jedes einzelnen Frachtstückes im Flugverkehr verbindlich vorschreiben würden, werden von der Administration als unrealistisch abgelehnt.

Wie bereits 2002 entzündeten sich die schärfsten Auseinandersetzungen jedoch an den gewerkschaftlichen Organisationsrechten der Bediensteten im Sicherheitsbereich (vgl. CR 11/2002, S. 4).

Während Joe Lieberman (I-Conn.) zusammen mit der demokratischen Mehrheit das Recht auf gewerkschaftliche Organisation der Bediensteten der *Transport Security Agency* (TSA) festschreiben und dem der Bediensteten des *Departments of Homeland Security* anpassen will, hat der Präsident mit Zustimmung der republikanischen Fraktionen im Congress sein Veto angedroht.

Anders als im Fall der Beratungen über die Sicherheitsgesetze 2002 scheint gegenwärtig der öffentliche Erwartungsdruck, der die Kompromissbereitschaft beider Seiten erhöhen könnte, gering zu sein. Angesichts der festgefahrenen Positionen von Demokraten und Republikanern droht damit ein Scheitern der neuen Sicherheitsinitiativen.

#### **4. DoD Inspector General legt Untersuchungsbericht zur nachrichtendienstlichen Lagebeurteilung vor dem Irak-Krieg vor**

Der kommissarische *Inspector General* des *Department of Defense* (DoD) hat im Februar 2007 einen Bericht zur nachrichtendienstlichen Lagebeurteilung vor dem Irak-Krieg vorgelegt, in dem die Arbeit der damaligen politischen Führung des Pentagon um Donald H. Rumsfeld, Paul R. Wolfowitz und Douglas J. Feith kritisiert wird.

Nach Einschätzung von Thomas F. Gimble, dem Acting Inspector General des Verteidigungsministeriums, waren einige der damaligen nachrichtendienstlichen Lagebeurteilungen im Innenkreis der politischen Führung des DoD „unangemessen“ und hatten ihren Ausgangspunkt in politischen Einschätzungen. Gemeint ist die politische Beeinflussung des nachrichtendienstlichen Aufklärungsprozesses, die sich auf die behauptete Verbindung zwischen dem irakischen Diktator Saddam Hussein und dem Terrornetzwerk El Kaida bezog.

Nach Auffassung von Gimble konnte von einer solchen Verbindung, die von der Bush-Administration als eine Begründung für ihren Präventivkrieg gegen den Irak herangezogen wurde, im Spätsommer 2002 vor dem Hintergrund der „verfügbaren“ nachrichtendienstlichen Informationen nicht die Rede sein.

Der Vorsitzende des *Senate Armed Services Committee*, Carl M. Levin (D-Mich.), vor dessen Ausschuss Gimble seine Untersuchungsergebnisse vorstellte, wertete den Bericht als Ausweis für die Politisierung des nachrichtendienstlichen Aufklärungsprozesses im Vorfeld des Irak-Krieges. Gemeint ist die Durchmischung geheimdienstlicher Informationen mit politischen Einschätzungen, für die vor allem das Büro des damaligen *Undersecretary of Defense*, Douglas Feith, verantwortlich gemacht wurde.

Feith wies die Aussagen Gimbles kategorisch zurück und beharrte darauf, dass sein Büro zum damaligen Zeitpunkt keine „alternative Analyse“ nachrichtendienstlicher Erkenntnisse vorgenommen habe. Vielmehr sei es seinem Büro darum gegangen, ein „nachrichtendienstliches Versagen“ zu vermeiden.

Allerdings kam sowohl die Untersuchungskommission zu den Terroranschlägen des 11. September 2001 (vgl. CR 6/2004, S. 1; CR 7-8/2004, S. 1) als auch ein Untersuchungsbericht von Senator Levin (vgl. CR 10/2204, S. 8) schon im Jahr 2004 zu dem Ergebnis, dass die behauptete Verbindung zwischen El Kaida und Saddam Hussein, die unter anderem zur Begründung des Krieges gegen den Irak im Jahr 2003 herangezogen wurde, offensichtlich von hochrangigen Mitgliedern des Verteidigungsministeriums überzeichnet wurde.

## **5. Demokraten im Senat wollen Rechte von *unlawful enemy combatants* stärken**

Im Senat hat Mitte Februar 2007 eine Gruppe von vier Demokraten unter Führung von Christopher Dodd (Conn.) einen Gesetzentwurf eingebracht, der darauf abzielt, die Rechte von Gefangenen zu stärken, die des Terrorismus verdächtigt werden und in Lagern wie *Guantanamo* teilweise schon seit Jahren festgehalten werden.

Die Gesetzesinitiative, auch als *Restoring the Constitution Act* (S 576) bezeichnet,

- will den von der Administration eingeführten Begriff des *unlawful enemy combatant* enger fassen, um die definatorische Grauzone, in der sich die Administration in diesem Bereich bewegt, aufzulösen (Abschnitt 2 der Gesetzesinitiative);
- unterstreicht den Anspruch dieser Gefangenengruppe auf minimale Gefangenenrechte nach Maßgabe der Genfer Konvention (Abschnitt 3);
- würde keine Beweismittel der Anklage zulassen, die durch Folter erzwungen worden sind (Abschnitt 6);
- will so genannten *unlawful enemy combatants*, denen Kriegshandlungen gegen die USA vorgeworfen werden, die Möglichkeit einräumen, die Rechtmäßigkeit ihrer Inhaftierung von einem Bundesgericht überprüfen zu lassen (*writ of habeas corpus*, Abschnitt 14).

Der so genannte *writ of habeas corpus* ist in Artikel I, Abschnitt 9 der US-amerikanischen Verfassung verbrieft, wo es heißt, dass der „Anspruch eines Verhafteten auf Ausstellung eines richterlichen Vorführungsbefehls nicht suspendiert werden darf, es sei denn, die öffentliche Sicherheit macht dies im Falle eines Aufstandes oder einer Invasion erforderlich.“

Die Bush-Administration hatte so genannten *alien unlawful enemy combatants* jedoch dieses Recht mit Verweis auf den Krieg gegen den Terrorismus, in dem sich die USA befinden, verweigert. Der Oberste Gerichtshof der USA hatte dies als verfassungswidrig eingestuft genauso wie die von Präsident Bush eingerichteten Militärkommissionen zur Aburteilung dieser Gefangenengruppe. Den Congress hatte der *Supreme Court* im Juni 2006 aufgefordert, die gesetzgeberischen Voraussetzungen für den Umgang mit *alien unlawful enemy combatants* neu zu fassen, was im September des vergangenen Jahres zur Verabschiedung des *Military Commissions Act* (vgl. CR 9-10/2006, S. 1) geführt hatte.

In diesem Gesetz war den als *alien unlawful enemy combatants* eingestuften Gefangenen einerseits das Recht verweigert worden, sich während ihres Prozesses vor einer Militärkommission auf die Genfer Abkommen im Umgang mit Kombattanten und Kriegsgefangenen zu beziehen. Andererseits wurde ihnen die Möglichkeit versagt, die Rechtmäßigkeit ihrer Inhaftierung von einem US-Bundesgericht überprüfen zu lassen.

Kritiker haben dies als verfassungswidrig bezeichnet, weil der Congress zum einen die Genfer Abkommen 1955 ratifiziert und deren Bedeutung im so genannten *War Crimes Act* von 1996 (*Public Law* 104-192) noch einmal ausdrücklich unterstrichen hat. Darüber hinaus widerspreche die Eliminierung des *writ of habeas corpus* dem geltenden Rechtsverständnis mit Blick auf so genannte „executive detentions“.

Senator Dodd (D-Conn.) begründete seinen Vorstoß damit, dass es „einen richtigen Weg und einen falschen Weg“ im Umgang mit dieser Gefangenengruppe gebe. Er unterstrich, dass die USA mit der Einschränkung der Rechte von *unlawful enemy combatants* auch ihren „moralischen Kompass“ aufgeben, so wie er in der Verfassungstradition verankert ist.

Demgegenüber ließ Senator Lindsay O. Graham (R-S.C.), einer der Initiatoren des *Military Commissions Act* verlautbaren, dass er keinen Grund zu einer Revision der vom Congress im vergangenen Jahr beschlossenen Regelungen sieht und optimistisch ist, dass die gesetzgebenden Entscheidungen des Congress auch einer Überprüfung durch den *Supreme Court* auf ihre Verfassungsmäßigkeit standhalten würden.

## 6. Geheimdienstchef zeichnet düsteres Bild im Irak

Der *Director of National Intelligence* (DNI), eine Position, die vom Congress im Zuge der Reform des Nachrichtendienstwesens im Jahr 2004 geschaffen wurde (vgl. CR 11-8

12/2004), S. 1), hat in einer Anhörung vor dem Streitkräfteausschuss des Senats Ende Februar 2007 ein düsteres Bild der Sicherheitslage im Irak gezeichnet.

Im Rahmen einer Stellungnahme zu den weltweiten Bedrohungen der nationalen Sicherheit der USA kommt der DNI Vizeadmiral a. D. John McConnell zu dem Schluss, dass sich der Irak in einer sehr gefährlichen Situation befindet und wies darauf hin, dass sich das El Kaida-Terrornetzwerk derzeit im nordwestlichen Pakistan neu organisiert. Zwar seien seit dem 11. September 2001 etwa Dreiviertel der Führung des El Kaida-Netzwerkes gefasst oder unschädlich gemacht worden. Es müsse jedoch davon ausgegangen werden, dass Osama Bin Laden und sein Terrornetzwerk nach wie vor eine ernstzunehmende Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellt.

Die Einschätzung, die auch einen vollkommenen Zusammenbruch des Irak in Betracht zieht, deckt sich in wesentlichen Elementen mit den Einschätzungen der *Iraq Study Group* (vgl. CR 11-12/2006, S. 3), die im Dezember 2006 vor einem „Chaos“ und einem „Zusammenbruch der Regierung im Irak“ und einer „humanitären Katastrophe“ warnte.

Derzeit werden im Irak trotz der fast vierjährigen Befriedungsbemühungen einer 27 Nationen umfassenden Besatzungsstreitmacht mit mehr als 160.000 Soldaten mehr als 180 Terroranschläge pro Tag verübt. Die *Iraq Study Group* sprach in diesem Zusammenhang von mehr als 1,6 Mio. vertriebenen Irakern und mehr als 1,8 Mio. Flüchtlingen, die bereits aus dem Land geflohen sind.

Der *Director of National Intelligence* führte vor dem Streitkräfteausschuss des Senats mit Blick auf das iranische Atomwaffenprogramm ferner aus, dass er es für wahrscheinlich hält, dass die iranische Führung nukleare Waffen entwickeln und bis zum Jahr 2015 auch eine ballistische Rakete testen wird.

Im Congress mehren sich inzwischen unter den Demokraten jene Stimmen, die einen möglichen Gewalteinsatz gegen das iranische Urananreicherungsprogramm an eine vorherige Ermächtigungsresolution durch das Parlament knüpfen wollen. Im Senat hat sich dafür neben *Majority Leader* Harry Reid (D-Nev.) auch Joseph P. Biden (D-Del.), der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, ausgesprochen. Im Repräsentantenhaus haben sich *Speaker* Nancy Pelosi (D-Cal.) und John P. Murtha, der Vorsitzende des einflussreichen Bewilligungsunterausschusses für die Verteidigung für eine solche Bindung des Präsidenten stark gemacht. Aktuelle Meinungsumfragen zufolge haben derzeit fast sechzig Prozent der Befragten kein Vertrauen in die Krisendiplomatie der Bush-Administration gegenüber dem Iran und dessen kaum verhüllte nukleare Ambitionen.

## 7. Präsidentschaftswahlen 2008: Bewerberfeld gewinnt Konturen

Im Februar 2007 hat der Wahlkampf um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Demokratischen sowie der Republikanischen Partei für 2008 überraschend früh klare Konturen angenommen.

Mit dem Trend des Vorziehens der *Primaries* (Vorwahlen) und *Caucuses* (Parteiversammlungen) durch eine wachsende Zahl von Staaten in den Januar oder Februar des Wahljahres (vgl. CR 1/2004, S. 9) sehen sich die Bewerber genötigt, frühzeitig ihre Kampagnen zu organisieren und mit der Einwerbung von Spendengeldern zu beginnen.

Nach den *Iowa Caucuses* und *New Hampshire Primaries*, die traditionell den Auftakt der Delegiertenselektion markieren, halten 2008 eine größere Zahl von Staaten, darunter Kalifornien, New York und vermutlich auch Texas, am 5. Februar 2008 (*Giga-Tuesday*) gemeinsam ihre Vorwahlen ab.

Dieser Giga-Vorwahlkampftag, der voraussichtlich bereits die Entscheidung über die Nominierung der Präsidentschaftskandidaten beider Parteien bringt, macht es erforderlich, dass die Bewerber schon Anfang des Jahres eine national angelegte, mediengestützte Kampagne führen. Aussichtsreiche Kandidaten benötigen entsprechend eine flächendeckende Organisation und, nach ersten Schätzungen, ca. 100 Mio. USD Finanzmittel bis Ende 2007.

Die vergleichsweise große Zahl der Bewerber in beiden Parteien ergibt sich daraus, dass – erstmals seit 1928 – kein amtierender Präsident oder Vizepräsident in den Vorwahlen antritt. Präsident George W. Bush kann gemäß der Verfassung nicht erneut gewählt werden. Der gesundheitlich angeschlagene Vizepräsident Dick Cheney hat eine Bewerbung wiederholt kategorisch ausgeschlossen.

Unter den 10 bis 12 mehr oder minder offiziell deklarierten Kandidaten beider Seiten haben sich bereits jetzt jeweils 3 bis 4 vom Feld abgesetzt und bilden zumindest vorläufig die Favoritengruppe der Demokraten und Republikaner.

Auf der demokratischen Seite gehören zu den Favoriten die Senatorin Hillary Clinton (N.Y.), Senator Barack Obama (Ill.) sowie der frühere Senator und Vizepräsidentkandidat John Edwards (N.C.). Als möglicher Quer- und Späteinsteiger in die Spitzengruppe gilt der frühere Senator und Präsidentschaftskandidat Al Gore (Tenn.), der allerdings bisher öffentlich sein Desinteresse an einer Kandidatur bekundet hat.

Das Feld der Verfolger bestimmen die namhaften Senatoren Joseph R. Biden (Del.) und Christopher J. Dodd (Conn.) sowie der populäre Ex-Gouverneur von New Mexico, Bill Richardson. Ebenfalls in der Diskussion ist der ehemalige Nato-General und frühere Bewerber um die demokratische Präsidentschaftsnominierung, Wesley Clark. Dagegen hat Tom Vilsack, der populäre Gouverneur Iowas, angesichts der harten Kon-

kurrenz und der hohen Anforderungen an Spendenmittel, schon Mitte Februar 2007 seine Bewerbung aufgegeben.

Weitere, wenig aussichtsreiche Bewerber sind der frühere Senator von Alaska, Mike Gravel, und, wie in den Vorjahren, der Abgeordnete Dennis J. Kucinich (Ohio) sowie der Bürgerrechtsaktivist Reverend Al Sharpton (N.Y.).

In den aktuellen Meinungsumfragen führt unter demokratischen Parteianhängern Hillary Clinton deutlich mit über 30 Prozent Zuspruch vor Barack Obama mit knapp über 20 Prozent und John Edwards und Al Gore mit jeweils knapp über 10 Prozent.

Neben Hillary Clintons nationaler Bekanntheit und dem Rückhalt in der Partei, den sie sich als politisch aktive *First Lady* neben ihrem Ehemann, dem unverändert populären Ex-Präsidenten Bill Clinton (Ark.), sowie als Senatorin New Yorks erworben hat, kann sie auf eine schlagkräftige Organisation setzen, die sowohl über erfahrene Politstrategen wie Möglichkeiten der Einwerbung großer Summen von Spendengeldern verfügt.

Problematisch ist allerdings, aus der Sicht der Parteibasis, ihre ambivalente Haltung zum Irak-Krieg und der anhaltenden Besetzung des Landes. Während sich Clinton als scharfe Kritikerin der Bush-Administration profiliert, hat sie sich bisher geweigert, ihre Zustimmung zu der Autorisierung des Militäreinsatzes im Irak 2002 als Fehler zu bezeichnen.

Wenngleich Clintons zentristischer Kurs mit Blick auf einen eventuellen Präsidentschaftswahlkampf unzweifelhaft von Vorteil ist, eröffnet er Obama und Edwards im Vorwahlkampf eine Chance, die kriegsverdrossenen Parteianhänger für sich zu mobilisieren.

Barack Obama, der charismatische Jungstar der Partei, hat als begabter Redner und Senator, der als Sohn eines schwarzen Vaters und einer weißen Mutter in politisch brillanter wie ansprechender Weise die nationale Integrations- und Bürgerrechtsperspektive der Demokraten personifiziert, eine glasklare Ablehnungsposition in der Irak-Frage bezogen.

Obwohl Obama aufgrund seines „Rock-Star-Status“ das Potenzial hat, die notwendigen Spendenmittel einzuwerben, fehlt ihm im Vergleich zu Clinton das politisch-inhaltliche Profil und die Erfahrung in der Führung von Regierungsgeschäften wie auf internationaler Bühne.

John Edwards, der „Partei-Jungstar“ von 2004, ist vorläufig von Clinton und Obama in den Hintergrund gedrängt worden, verfügt aber über das organisatorische und finanzielle Rückgrat, seine Bewerbung längerfristig aufrechtzuerhalten. Neben der dezidierten Kritik am Irak-Krieg empfiehlt sich Edwards mit sozial- und gesundheitspolitischen Initiativen als mögliche Alternative für den Fall, dass die Spitzenreiterin Clinton ins Stolpern geraten sollte.

Auf der republikanischen Seite zählen zur Favoritengruppe der frühere populäre Bürgermeister von New York, Rudolph W. Guliani, der prominente Senator und „Partei-Maverick“ John McCain (Ariz.) und der frühere Gouverneur von Massachusetts, Mitt Romney. Als potentieller Quereinsteiger in die Führungsriege, der bisher noch keine klare Position zu einer möglichen Bewerbung bezogen hat, gilt dagegen der frühere *Speaker* Newt Gingrich (Ga.).

Im Unterschied zur Demokratischen Partei bestimmen eine Reihe bekannter Ex-Gouverneure, darunter James S. Gilmore III (Va.), Mike Huckabee (Ark.), Tommy G. Thompson (Wisc.) und George Pataki (N.Y.) das Feld der Verfolger. Neben Senator Sam Brownback (Kan.), der offiziell seine Bewerbung angekündigt hat, ist unverändert auch Senator Chuck Hagel (Neb.), ein profilierter Außenpolitiker mit Neigung zur Abweichung von der offiziellen Parteilinie, im Gespräch.

Weitere, kaum aussichtsreiche Bewerber sind die Abgeordneten Duncan Hunter (Cal.), Ron Paul (Tx.) und Tom Tancredo (Col.), die den Vorwahlkampf primär zur persönlichen Profilierung und Propagierung ihrer politischen Prioritäten nutzen wollen. Der vielleicht prominenteste Nicht-Kandidat ist der frühere *Majority Leader* Bill Frist (Tenn.), der sich ungeachtet seiner Ambitionen vorzeitig aus dem Rennen verabschiedet hat.

In den laufenden Meinungsumfragen führt unter den republikanischen Parteianhängern gegenwärtig Rudy Guliani mit 30 bis 40 Prozent Zuspruch vor John McCain mit knapp über 20 Prozent und Mitt Romney und Newt Gingrich mit 10 bis 15 Prozent.

Guliani hat sich als Bürgermeister von New York mit seinem beherzt zupackenden Auftritt nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 einen nahezu legendären Ruf als Krisenmanager und nationale Führungsfigur erworben, die ihn vor allem zu Präsident Bush in positiven Kontrast setzt und seine über die Parteianhängerschaft hinaus ausstrahlende Popularität begründet.

Während sich Guliani in der Fiskal-, Steuer- und Sozialpolitik sowie in der Kriminalitätsbekämpfung in breitem Einklang mit der Basis der Republikaner befindet und erstklassige Noten für seine Amtsführung erhält, liegt er als New Yorker Politiker in Fragen der so genannten *social issues*, Werte- und Moralthemen wie Abtreibung, Homosexualität, Religion oder Waffenkontrollgesetzgebung quer zum konservativen *Mainstream* der Partei.

Neuerliche rhetorische Übungen, die seine Unterstützung für traditionalistische Sozialmoralvorstellungen signalisieren, die vor allem dem starken, christlich-konservativen Flügel der Partei (*New Christian Right*) entgegenkommen sollen, stoßen angesichts der bekannten Positionen aus seiner Amtszeit als Bürgermeister auf Glaubwürdigkeitsprobleme.

In ähnlicher Weise sieht sich Ex-Gouverneur Mitt Romney mit Fragen konfrontiert, wie authentisch und politisch ernst sein Werben um den ebenso finanzkräftigen wie

anhängerstarken Flügel der kulturkonservativen Flügel der Republikaner ist. Wie im Fall Gulianis scheint die Parteirechte allerdings von Romneys breitem Wähler-*Appeal* überzeugt und insofern zu Kompromissen bereit.

Bemerkenswerterweise kann John McCain ungeachtet seines deutlich konservativeren Profils bisher nicht von den inhaltlichen Defiziten seiner Hauptkonkurrenten profitieren. McCain hatte im Vorwahlkampf 2000 die Christliche Rechte, die Präsident Bush unterstützte, offen und scharf kritisiert. Zudem hatte er sich mit seiner frühzeitigen Distanzierung von Bush in Fragen der Terrorbekämpfung wie der Führung des Irak-Krieges gerade unter konservativen Republikanern wenig Freunde gemacht.

Darüber hinaus hat sich McCain mit seiner Propagierung einer deutlichen Ausweitung des militärischen Engagements im Irak, die die „Surge-Strategie“ der Bush-Administration als vergleichsweise zurückhaltend erscheinen lässt, in eine aus der Sicht der Partei und der breiten Öffentlichkeit schwierige Position manövriert. Angesichts der allseits wachsenden Skepsis gegenüber der Irak-Politik (vgl. Punkt 1) scheint McCains Vorstoß ins politische Abseits zu laufen.

Das Fehlen einer Führungsfigur, welche die politische Seele des *Mainstream* der Partei repräsentiert, könnte Newt Gingrich als einem bekannten, konservativen Politiker ebenso wie der Riege der südstaatlichen Gouverneure und Mitglieder des Congress Chancen eröffnen. Doch für ihre Kampagnen ist es alles andere als eine leichte Übung, sich gegenüber den organisatorischen und finanziellen Schwergewichten der Führungsgruppe zu behaupten.

Unbeschadet des offenen und kompetitiven Charakters des beginnenden Vorwahlkampfes ist es bemerkenswert, wie stark das kommende Wahljahr von den Defiziten der Politik der Bush-Administration bestimmt wird. Während 2000 die Gestaltungsmöglichkeiten einer „Ära der Prosperität“ im Vordergrund standen, sind es 2008 vor allem der Irak-Krieg, die fiskalisch angespannte Situation und die prekäre internationale Position der USA, die die Debatte und ihre Blindstellen bestimmen.

Dem konservativen Führungsdefizit und der breiten Ratlosigkeit auf republikanischer Seite entspricht dabei die noch immer deutliche Unsicherheit der Demokraten in der Entwicklung eines Alternativkurses, der eine Mehrheit der Partei und die Öffentlichkeit überzeugt. Die Neubestimmung des Kurses der USA könnte damit zur wichtigsten Funktion und Leistung des Wahlkampfes 2008 werden.

## **8. Abgeordneter Charles Norwood verstorben**

Der republikanische Abgeordnete und frühere Zahnarzt Charlie Norwood (Ga.) ist Mitte Februar 2007 verstorben. Der als Polit-Neuling 1994 im Zuge des historischen republikanischen Wahlsiegs erstmals in den Congress gewählte Norwood galt als strikter Konservativer.



Vor allem in Fragen der Rechte von Patienten gegenüber Krankenversicherungen (*Patient Bill of Rights*) kooperierte Norwood aber auch wiederholt mit den oppositionellen Demokraten und wich von der vorgezeichneten Parteilinie ab.

**Tabelle 1: Aktuelle Sitzverteilung im Repräsentantenhaus des 110. Congress**

Demokraten	233
Republikaner	201
Vakant	1

Neben der republikanischen Parteiführung und Fraktionskollegen würdigte *Speaker* Nancy Pelosi (D-Cal.) Norwood als offenen und direkten Politiker, der sich um das Gemeinwohl verdient gemacht habe.

Der republikanische Gouverneur Georgias, Sonny Perdue, hat die Nachwahlen für den 10. Distrikt des Staates auf Mitte Juni 2007 angesetzt. Die lange Frist nimmt Rücksicht auf die Interessen von Mitgliedern der Legislative Georgias, die während der laufenden Sitzungsperiode nicht für andere politische Ämter kandidieren dürfen.

Es wird erwartet, dass auch Norwoods Nachfolger der republikanischen Fraktion angehören wird, sodass die bisherige Sitzverteilung im Repräsentantenhaus unverändert bliebe.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion  
Dr. Söhnke Schreyer  
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat  
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck  
Technische Universität Kaiserslautern  
Postfach 3049  
D-67653 Kaiserslautern

[http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress\\_report](http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report)